

Die Natur betrügt uns nie. Wir sind es immer, die wir uns selbst betrügen.

Jean-Jaques Rousseau

**Informationen, Polemiken
und Meinungen aus Guben**

Linker Stadtanzeiger

22. Jahrgang / Nr.4 / 2011, Juni

Preis: Spendenbeitrag

Kopieren oder Weitergabe an Freunde und Bekannte ist erwünscht.

www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/linker_stadtanzeiger/

**Experten
raten zu
Abschied
vom
Kraftwerk
Jänschwalde**

Wir Gubener sagen „NEIN“ zu neuen Tagebauen

Wie bereits bekannt hat Vattenfall beim Land Brandenburg beantragt den Tagebau „Jänschwalde-Nord“ eröffnen zu können. Sie wollen nicht nur die Dörfer Kerkwitz, Atterwasch und Grabko abbaggern, sondern sich auch dicht an Guben heranarbeiten und unter anderem uns unseren Deulowitzer See nehmen. Bevor es aber soweit kommen kann ist der formalrechtliche Weg eines Planverfahrens einzuhalten. Dieser sieht vor, dass eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (Scoping) durchzuführen ist.

Dazu haben alle Betroffenen die Gelegenheit ihre Fragen, Bedenken und Vorstellungen einzubringen. Guben als größte betroffene Randgemeinde hat hier ein erhebliches Gewicht. Dementsprechend ging unsere Fraktion immer davon aus, dass die Verwaltung eine entsprechende Stellungnahme für den Scopingtermin am 28. Mai 2011 vorbereiten und den Stadtverordneten vorstellen würde.

Da bis Mitte April diesen Jahres keinerlei Aktivitäten des Bürgermeisters bzgl. einer Stellungnahme der Stadt Guben erkennbar waren ergriff unsere Fraktion die Initiative, um nicht Gefahr zu laufen, dass Guben gar nicht oder mit einer unabgestimmten Äußerung des Bürgermeisters sich in dem Verfahren wieder findet. So beantragten wir, dass sich der zuständige Fachausschuss für Umwelt am 5. Mai mit dem Planverfahren und der Erarbeitung einer Gubener Stellungnahme befassen sollte. In Vorbereitung hatte unsere Fraktion drei begründete Beschlussvorlagen fristgemäß eingebracht. Diese hatten die Anforderungen an die Umweltprüfung im Braunkohleplanverfahren Jänschwalde-Nord, Fortschreibung der Energiestrategie des Landes Brandenburg und die Planung eines polnischen Tagebaues Gubin/Brody zum Inhalt.

In einer Sondersitzung der Stadtverordneten am 18. Mai nur zu dem Thema Braunkohle standen diese drei Vorlagen zur Abstimmung. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen stellte der Bürgermeister seine Stellungnahme der Stadt Guben vor, die aber weder im Vorfeld, z.B. bei der Ausschusssitzung noch mit der Post den Abgeordneten zur Kenntnis gegeben wurde. Die seit Wochen vorliegenden Beschlussvorlagen der LINKEN sollten Anhang werden. Welch eine Unverschämtheit gegenüber den Abgeordneten!!! Wir bestehen nicht auf unserer Urheberschaft, doch eine Stellungnahme der Stadt Guben muss gründlich studiert werden, denn hierbei geht es nicht um ein alltägliches Geschäft, sondern es werden die Weichen für viele Jahre gestellt.

Die Stadtverordneten verwarfen sich gegen diese Brückierung durch den Bürgermeister und nach angeregter, kritischer Diskussion und Auszeit wurde ein Kompromiss zwischen allen Papieren gefunden. Das Verhandlungsziel besteht darin, den Tagebau Jänschwalde-Nord zu verhindern. Die LINKE erklärte eindeutig, dass sie ohne Wenn und Aber diesen Weg unterstützt und nach Aufforderung bekannten sich auch die anderen Fraktionen. Schlussendlich zeigte die Sondersitzung, dass eine große, ja überwältigende Mehrheit der Stadtverordneten beschloss: „Wir Gubener sagen NEIN zu neuen Tagebauen“

SVV-Fraktion DIE LINKE

Experten raten zu Abschied vom Kraftwerk Jänschwalde

Am 28.Mai fand in Guben nach erfolgreichem Auftakt im Vorjahr eine weitere Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der GRÜNEN LIGA zu Problemen des Braunkohlebergbaus statt. Dabei stellten Experten die Notwendigkeit des Braunkohletagebaus trotz des Atomausstiegs in Frage. So führte u.a. Carsten Linke, Referent für Energie, Klimaschutz und Klimawandel beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg aus, dass die klimapolitischen Ziele 2030 des Landes Brandenburg nur erreichbar seien, wenn das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde bis dahin stillgelegt wird. Eine nachhaltige, bedarfsorientierte Energiewirtschaft ist nur unter diesen Voraussetzungen erreichbar, um die ehrgeizigen Ziele eines Ausbaus der erneuerbaren Energien auch wirtschaftlich vertretbar umzusetzen.



Hallo, ich bin Careen und ich habe einen ganz tollen Geburtstag, ich habe nämlich am Kindertag, am 1. Juni Geburtstag und bin schon 6 Jahre alt. Ich komme aus Quedlinburg und das ist ganz schön weit weg von meinen Großeltern. Umso mehr freue ich mich, wenn ich wieder nach Guben fahren kann und ein paar Tage bei Oma und Opa verbringe. Sie denken sich immer viele Sachen aus und zeigen mir vieles in der Stadt. Bei meinem letzten Besuch waren wir auf dem neuen Spielplatz in der Altstadt bei der Bahnlinie. Oma hatte mir erzählt, dass er für viel Geld gebaut wurde. Er ist wirklich riesengroß, vor allem die Geräte, doch ich konnte mich wunderbar beschäftigen und sah hinterher dementsprechend aus, aber das ist nicht schlimm, denn wozu gibt es Waschmaschinen. Oma versprach mir, dass wir jetzt jedes Mal dahin gehen, wenn ich wieder in Guben bin. So planten wir auch beim jetzigen Besuch einen Vormittag dort ein, doch dann die Riesenenttäuschung. Absperrung und kein Durchkommen zu den Geräten, die ich nur durch den Zaun sehen konnte. Der Spielplatz war zerstört worden und wurde gesperrt. Oma hat mir später erzählt, dass er wieder repariert wird und wir wieder hin können. Aber der Bürgermeister denkt darüber nach, den Spielplatz einzuzäunen und für den Besuch Geld zu verlangen. Das finde ich doooof!! Da ich dort nicht spielen konnte gingen meine Großeltern und ich zum neuen Spielplatz am Fluss – den für Omas und Opas. Aber Oma und Opa wollten dort nicht turnen und auch andere Omas und Opas habe ich nicht turnen gesehen. Warum wurde er dann gebaut? Spielen denn Omas und Opas noch auf Spielplätzen oder ist er doch für Kinder da? Ich muss das beim nächsten Mal bei meiner Gubener Spielplatztour genauer erfahren.

Eure Careen

Bildungspaket für Kinder???

In einer millionenschweren Imagekampagne feiert sich die CDU-Arbeitsministerin von der Leyen für das sogenannte Bildungspaket. Kinder von Hartz IV-Empfängern könnten nun an Schulausflügen teilnehmen, sich für Sport- und Musikunterricht anmelden, ein warmes Mittagessen bekommen und Nachhilfe erhalten. Das klingt vielversprechend. Aber es entspricht nur bedingt der Realität. Das Bildungspaket ist zum bürokratischen Monster geworden, ungenügend finanziert und umständlich in der Umsetzung. Ein Mittagessen in der Schule? Eigentlich eine gute Sache. Nur bieten viele Schulen gar keine Schulspeisung an. Daran ändert das Bildungspaket nichts. Zudem kürzen viele Länder, die Mittagessen in der Schule bisher bezuschusst haben ihre Mittel. Der Mehrwert für Schüler liegt also häufig bei Null. Ähnliches gilt für das Schulmaterial von 100€, das Kinder und Jugendliche in weiterführenden Schulen erhalten sollen. Diese Pauschale gab es vor dem Bildungspaket im Rahmen des Schulbedarfspaketes auch schon. Musikunterricht tut Kindern ohne Zweifel gut. Doch mit den bereit gestellten Mitteln von 10€ im Monat ist weder ein Instrument gekauft noch ernsthafter Musikunterricht bezahlt. Die Eltern werden kaum die fehlenden Gelder aus ihren Hartz IV- Bezügen aufbringen können. Absurd ist zudem, dass der Bund seine Bildungsgelder nicht direkt an die Schulen überweist. Das festgesetzte Kooperationsverbot sieht die absolute Bildungshoheit der Länder vor. Diese völlig verfehlte Regelung führt nun dazu, dass die Milliarden des Bildungspaketes nur zu einem Bruchteil an die Schulen selbst gehen. Der Löwenanteil jedoch fließt so genannten bildungsnahen Einrichtungen – beispielsweise privaten Nachhilfeeinrichtungen – zu. Am Grundproblem der unterfinanzierten Bildungseinrichtungen jedoch ändert sich überhaupt nichts. Ohne Kooperationsverbot hätten die bereit gestellten Gelder viel besser eingesetzt werden können. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung die Umsetzung des Bildungspaketes nicht ordentlich durchdacht hat. Der Bürokratieaufwand ist so hoch, dass mindestens 160 Millionen Euro aus dem Bildungspaket durch Verwaltungsaufwand verschlungen werden. Als Zwischenbilanz bleibt: Es ist fraglos eine gute Idee, die Bildung von bedürftigen Kindern und Jugendlichen mit Milliarden zu fördern. Eine gute Idee und schöne Imagekampagnen rechtfertigen jedoch keinesfalls handwerklichen Pfusch. Ursula von der Leyen sollte sich weniger im Selbstlob üben, sondern schleunigst dafür Sorge tragen, dass alle Gelder die Antragsberechtigten erreichen. Ansonsten ist das Bildungspaket nicht mehr als eine sündhaft teure PR-Kampagne der CDU – Ministerin.

Wolfgang Neskovic (MdB)

DIE LINKE. im Rathaus



Pflanzungen

Allerorten wird in Guben gepflanzt. Neben dem Grünen Pfad wurde auch rund um den Wilke-Platz Pflanzgeschehen beobachtet. Kein Stadtverordneter war informiert, da es sich ja angeblich um eine Investorenfläche handelt – aus dem Grund konnte der von Vandalismus gebeutelte Spielplatz ja auch nicht dorthin. Woher das Geld für diese neue Pflanzmaßnahme kommt – wir wissen es nicht.

Vandalismus

Immer wieder ein Thema in Guben. Nun will sich auch der Fachausschuss für Ordnung und Sicherheit des Themas annehmen. Wir sagen klipp und klar: nicht die ausgedehnte technische Überwachung kann das Ziel zur Verhütung solcher Straftaten sein, sondern die Arbeit mit den Menschen muss verbessert werden. Für uns bedeutet das: Streetworker gehören in Guben endlich her.

Haushalt 2011

Die unendliche Geschichte scheint sich auch in diesem

Jahr fortzusetzen. Zum 30. Juni

müssen die Stadtverordneten eigentlich die bestätigte Eröffnungsbilanz, die sich aus der Einführung von Doppik ergibt, beschließen. Doch bisher null, Komma nichts. Beschlussfassung zum Haushalt auch erst nach der Sommerpause. Bis dahin gilt die vorläufige Haushaltsführung, wo nur rechtlich notwendige und unaufschiebbare Ausgaben getätigt werden dürfen. Offenbar gefällt dem Bürgermeister dieser Schwebezustand ausgesprochen gut, denn es wird munter Geld (s.o.) ausgegeben.

Geplanter Griff ins Portmonee

Die Stadtverwaltung beabsichtigt die Grundsteuer **A von 240 v.H. auf 270 v.H.** und **B von 340 v.H. auf 380 v.H.** zu erhöhen und rückwirkend zum 1. Januar durch die Stadtverordneten beschließen zu lassen. In der Summe entspricht diese Erhöhung einer städtischen Mehreinnahme von 190000€. Begründet wird diese Erhöhung des Hebesatzes mit der Annäherung an den durchschnittlichen Hebesatz des Landes Brandenburg. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung haben Städte und Gemeinden das Recht über den Hebesatz zur Grundsteuer eigenständig zu entscheiden. Gleichzeitig wird die Erhöhung von Pflichtaufgaben und die Verringerung von Zuschüssen und Zuweisungen als Begründung benutzt. Eine sparsame Haushaltsführung gehört aber vorrangig zu einer kommunalen Selbstverwaltung, ehe es zu Steuererhöhungen kommen muss. Es sind die freiwilligen Aufgaben nach den Pflichtaufgaben einzuordnen, wie z.B. das Frühlingsfest eine freiwillige Leistung der Stadt ist. Was den Rentnern beispielsweise 2011 an finanziellen Belastungen zugemutet wird. 0,6% Erhöhung der Krankenversicherung ab 01.01.2011, aber erst ab 01.07.2011 0,99% Rentenerhöhung, Teuerungsrate/Inflation von 2,6%. Die Erhöhung der Grundsteuer der Stadt kann nicht widerspruchlos hingenommen werden. Besonders unter Beachtung der Altersstruktur der Bevölkerung in unserer Stadt trifft diese Entwicklung die Rentner. Die Steuerschätzer kündigten im März 2011 ein Steuerplus von 16,5% gleich 12 Mrd.€ ohne Gemeinden an. Wie hoch ist das Steuerplus in Guben ohne Grundsteuererhöhung? Wo bleibt die Entwicklung des Realeinkommens für die Bürger in Guben? Auf den Punkt gebracht bedeutet die Entwicklung, die wir haben in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse, so auch in Guben gelebt. Wenn auch eine große Einwohnerzahl, die Wähler des Bürgermeisters, die ihn loben, was er doch vieles geschaffen hat. Die „Erfolge“ haben viel Geld verschluckt und kosten weiterhin viel Geld zur Bewirtschaftung und Werterhaltung des Geschaffenen. Diese Entwicklung führte zu einem nicht ausgeglichenen Haushalt 2010 wie auch im Haushalt 2011.

Nun wird nach Konsolidierungspotenzialen für diese ernste Haushaltslage gesucht. Dazu gehört eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze. In diesem Zusammenhang sei noch einmal an die bereits erfolgte Erhöhung der Friedhofsgebühren erinnert. Im persönlichen Haushalt kann keiner mehr Geld über seine Einkünfte ausgeben, ansonsten droht ihm die private Insolvenz oder er muss sich beleihen. Diese Beschlussvorlage „Erhöhung der Hebesätze“ steht in der SVV am 15.06.2011 zur Entscheidung. Sie wurde bereits am 06.04.2011 im Haushaltsausschuss in die Verwaltung zurückverwiesen und nun ohne Änderungen durch die Verwaltung erneut eingebracht. Nach wiederholter Behandlung im Fach- und Hauptausschuss steht die Entscheidung am 15.06.2011 aus. Unsere Fraktion wird dieser Beschlussvorlage bei derartiger Haushaltsführung und -entwicklung nicht zustimmen.

Liebe Gubenerinnen und Gubener

...ausgerechnet der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) soll nicht öffentlich sein ...

Als interessierte LeserInnen des „Linken Stadtanzeiger“ wissen Sie sicherlich, dass wir stets nach unserem Motto ein „Gläsernes Rathaus“ für alle im Stadtparlament arbeiten. Das heißt, politische Entscheidungen sollen transparent von der Gubener Bevölkerung nachvollzogen werden. Da aber der Rechnungsprüfungsausschuss bisher nicht öffentlich geführt wird, ist hier keine Transparenz möglich.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg von 2008 gibt uns allerdings die Gestaltungsfreiheit, die Sitzungen unserer Gemeindevertretung öffentlich zu führen. Das haben wir Abgeordnete auch in der **Satzung der Stadt Guben** (Hauptsatzung) im § 13 Absatz 3 so beschlossen. Dieser Paragraph beinhaltet, dass die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse öffentlich sind.

Weiter wird darin geregelt, dass die Öffentlichkeit auszuschließen ist, wenn überwiegend Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner es erfordern. Das bedeute aber, dass grundsätzlich erst einmal die Öffentlichkeit, auch in einem Ausschuss, herzustellen ist. Ausnahmen dabei bilden Personal- und Disziplinarangelegenheiten; Grundstücksgeschäfte und Vergaben; Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner; Aushandlung von Verträgen mit Dritten sowie Prozessangelegenheiten.

Wir wollen, dass nun endlich auch der Rechnungsprüfungsausschuss in den Status der Öffentlichkeit mit Abgeordnetenbeschluss gesetzt wird. Selbstverständlich mit den o.g. Ausnahmen.

Es ist für uns einfach nicht akzeptabel und nachvollziehbar, dass wir uns einerseits in der **Satzung der Stadt** zur Öffentlichkeit in den Ausschüssen bekennen und andererseits permanent den Rechnungsprüfungsausschuss über Jahre davon ausgrenzen, zumal uns auch die neue **Kommunalverfassung des Landes Brandenburg** dazu die Option gibt.

Monika Noack
Mitglied im RPA

**Wir gratulieren unseren
Seniorinnen
und Senioren
zum Geburtstag
im Monat Juni**



**Hildegard Sander zum 88.
Ursula Kuchling zum 80.
Roswitha Krüger zum 70.
Max Budach zum 70.
Doris Scherke zum 68.
Monika Noack zum 63.**

TERMIN

28.06.2011

18.00 UHR

Öffentliche Veranstaltung

zur

Polizeireform in Brandenburg

Gaststätte Krähenbusch



Lesetipp

Gustav A. Horn
Des Reichtums fette Beute
Campus Verlag

Wer ganz genau wissen möchte, weshalb der aktuelle Aufschwung nicht bei der ganzen Bevölkerung ankommt, erfährt es von Gustav A. Horn. Der Konjunkturforscher in der Hans-Böckler-Stiftung erklärt dies mit einer langandauernden Fehlentwicklung in der Wirtschaftspolitik, begonnen durch die Regierung von SPD und Grünen, fortgesetzt von der Großen Koalition. Gekürzte Sozialleistungen, der flexiblere Arbeitsmarkt und entfesselte Finanzmärkte waren aus seiner Sicht wichtige Voraussetzungen dafür, dass Niedrigverdiener die Quittung der vorherigen Talfahrt bezahlen. Daher befürchtet Horn, dass wir gleich in die nächste Krise schlittern, wenn die Kosten des jüngsten Abenteuers nicht sozial gerecht verteilt werden. Um die Ungleichheit zu verringern, fordert er deutlich höhere Steuern auf Vermögen.

**Öffnungszeiten Büro Berliner Str. 1
Mo und Mi 14:00 – 16:00
Di und Do 10:00–14:00 (Bürgerbüro
Jürgen Maresch, MdL)**

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE
In der SVV Guben
jeweils Montag ab 19:30 Uhr
Rathaus (Turm West)
Tel. 03561 6871 3002**

Impressum:
Zeitung von **DIE LINKE**. Ortsverband Guben und Infoblatt
von **DIE LINKE**. Fraktion der SVV Guben
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz, Berliner Str. 1, 03172 Guben
Redaktionsschluss: 10.06.2011
Druck: Eigendruck, Auflage 6900 Stück